



## INHALT JULI/AUGUST 2011

SEITE 1

### 25 JAHRE KUMPELVEREIN, 25 JAHRE GELBE HAND

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

### OPFER RECHTER GEWALT

Friedrich-Ebert-Stiftung erinnert in einer Wanderausstellung

SEITE 2

### BAHN-AZUBIS GEGEN HASS UND GEWALT

Preis der Deutschen Bahn zum elften Mal verliehen

### BERLINER KONSENS GEGEN RECHTS

Im Wahlkampf organisieren die demokratischen Parteien den Schulterchluss

### WENIG ERFREULICHE BILANZ

Jahresbericht 2010 der Europäischen Agentur für Grundrechte

SEITE 3

### SARRAZINS ZAHLEN

Studie der Berliner Humboldt-Universität rückt Einiges gerade

### DIE POLITISCHE KULTUR UNSERES LANDES SCHWER BESCHÄDIGT

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge zu den Thesen Sarrazins

SEITE 4

### „IN MEINEM UMFELD IST NICHTS GESCHEITERT“

Das Regionalforum der IG BCE Gladbeck organisiert in Gladbeck die Integration

### NEUE FÖRDERMITGLIEDER

## 25 JAHRE KUMPELVEREIN, 25 JAHRE GELBE HAND

### Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Sommerferien hin oder her: die Vorbereitungen für die Jubiläumsfeierlichkeiten zur Gründung des Kumpelvereins Gelbe Hand laufen auf Hochtouren.

Am **18. November 2011** ist der Tag, an dem wir im Betriebshof der Rheinbahn in Düsseldorf-Heerdt Pläne für die Zukunft schmieden – und natürlich auf 25 erfolgreiche Jahre des Vereins



zurück blicken. Wir, das sind Freundinnen und Freunde, Förderinnen und Förderer sowie Unterstützerinnen und Unterstützer dieses außergewöhnlichen Zusammenschlusses.

Schirmherrin der Jubiläumsveranstaltung ist **Hannelore Kraft**, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen und amtierende Bundesratspräsidentin. Dabei sein werden auf jeden Fall **Guntram Schneider**, Arbeits- und Integrationsminister in NRW, der Journalist und Buchautor **Günter Wallraff** und viele Überraschungsgäste.

Besonders freuen wir uns auf **Ilse Bruns**, Gründungsmitglied unseres Kumpelvereins, Ministerin a. D. und ehemaliges Mitglied des DGB-Bundesvorstandes. Sie formulierte in der Septemberausgabe 1985 in der Jugendzeitung „ran“: „Der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit ist für die Gewerkschaftsjugend eine wichtige Aufgabe. Junge Men-

schen aus andern Ländern, die hier leben und arbeiten, brauchen unsere Solidarität in besonderem Maße, denn sie sind von Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit noch weit stärker betroffen als unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen.“ Was sie damals gesagt hat, gilt auch heute noch.

Mit der Feier am 18. November wollen wir die erfolgreiche Arbeit des Vereins würdigen. Für allerbeste Unterhaltung werden u. a. die Schää Sick Brassband und Scotty der Eismann sorgen.

Also liebe Förderer und Unterstützer: Termin vormerken und im Kalender eintragen!

**Allen Leserinnen und Leser von „Aktiv und Gleichberechtigt“ wünschen wir erholsame Urlaubstage.**

Giovanni Pollice  
Vorsitzender

Bernd Vallentin  
Stellvertretender Vorsitzender

## OPFER RECHTER GEWALT

### Friedrich-Ebert-Stiftung erinnert in einer Wanderausstellung

Am 16. Juni 2011 wurde in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland“ eröffnet. Zusammengestellt wurde die Ausstellung von der FES und der Opferperspektive Brandenburg. Ziel der Ausstellung ist es, den Opfern rechter Gewalt einen Namen zu geben und so zu verhindern, dass rechte Gewalt relativiert oder verdrängt wird.

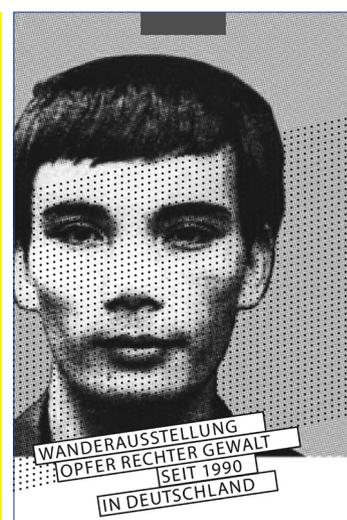
Die Ausstellung erinnert mit Fotos und biografischen Angaben an 156 Menschen, die zu Opfern rechter Gewalt wurden. Viele wurden getötet, weil für sie im Weltbild der Rechtsextremisten kein Platz war, manche, weil sie den Mut hatten, Nazi-Parolen zu widersprechen.

Einige Schicksale bewegten die Öffentlichkeit, so etwa die damals zehnjährige Yeliz Arslan, die im November 1992 nach einem Brandanschlag durch

Neonazis auf ein Haus türkeistämmiger Familien in Mölln ums Leben kam. Andere Opfer wurden kaum zur Kenntnis genommen. Vergessen sind heute fast alle.

Von den 156 Opfern rechter Gewalt werden die meisten als solche nicht anerkannt. Das Bundesinnenministerium registriert lediglich 47 Personen als Opfer. Der Journalist Frank Jansen vom Berliner „Tagesspiegel“, der zusammen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Medien eine große Zahl der Fälle aufgedeckt hat, registriert fehlende Sensibilität und Akribie der Ermittlungsbehörden bei den Strafverfolgungen.

Unabhängig von der Debatte um abweichende Zahlen ist es wichtig, dass die Erinnerung an jeden einzelnen dieser aufgrund einer menschenverachtenden Ideologie getöteten Menschen wach gehalten wird. Genau das leistet die Ausstellung.



Wer Interesse an der Wanderausstellung hat, kann sich wenden an:

[A.Simnack@opferperspektive.de](mailto:A.Simnack@opferperspektive.de)



# BAHN-AZUBIS GEGEN HASS UND GEWALT

Preis der Deutschen Bahn zum elften Mal verliehen

Am 10. Juni 2011 wurden in Berlin die diesjährigen Preisträger des Wettbewerbs Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt ausgezeichnet. Der Preis wurde in diesem Jahr zum elften Mal verliehen. Seit 2000 werden die Auszubildenden der Deutschen Bahn AG in jedem Jahr aufgerufen, sich mit Themen wie Rassismus, Gewalt oder Diskriminierung auseinanderzusetzen und Beispiele für Zivilcourage und Integration zu entwickeln. Am Wettbewerb 2011 haben sich 440 Azubis der ersten zwei Ausbildungsjahre mit insgesamt 60 Projekten beteiligt. Der Phantasie waren dabei keine Grenzen gesetzt, was auch an den drei ersten Preisträgern deutlich wird.

Den ersten Preis gewannen drei Auszubildende aus Leipzig, Weimar und Magdeburg. Sie haben für eine Wanderausstellung Portraits von Reisenden mit Migrationshintergrund auf Bahnhöfen fotografiert. Zu jedem Foto wurde ein Text über die jeweils abgebildeten Menschen verfasst. Die Fotos wurden auf DIN A1-Plakate vergrößert und auf Säulen in Bahnhöfen ausgestellt.

Den zweiten Preis erhielt eine zehnköpfige Gruppe aus München. Die Jugendlichen hatten eine Benefizveranstaltung am Münchner Hauptbahnhof organisiert, mit deren Erlös die Dominik Brunner Stiftung unterstützt wird.



Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt. Die PreisträgerInnen 2011.

Als Dritte wurden drei Azubis aus Stuttgart ausgezeichnet. Sie haben vier Schulklassen der Jahrgangsstufe fünf und sechs, in denen es viele Schüler mit Migrationshintergrund gibt, zu einem Erlebnistag im Stuttgarter Bahnhof eingeladen. Bei einer „Bahnhofsralley“ haben die Jugendlichen in klassenübergreifenden Gruppen den Bahnhof kennengelernt.

„Auch im elften Jahr hat der Wettbewerb nichts von seiner Frische einge-

büßt“, sagte Reiner Bieck vom Vorstand der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Jedes Jahr aufs Neue werde das Projekt vom Einfallsreichtum und vom Einsatz der Jugendlichen getragen. „Wir sind sehr stolz darauf, diesen Wettbewerb seinerzeit, gemeinsam mit der DB AG, entwickelt zu haben. Da haben wir damals genau den richtigen Riecher gehabt.“ so Bieck.

## BERLINER KONSENS GEGEN RECHTS

Im Wahlkampf organisieren die demokratischen Parteien den Schulterschluss

Am 18. September wird das Berliner Abgeordnetenhaus neu gewählt. Die Attacken auf den politischen Gegner haben längst begonnen, die ersten Giftpfeile fliegen. Da mag es überraschen, dass die fünf im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien – SPD, Linke, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP – sich am 28. Juni 2011 auf einer Pressekonferenz gemeinsam präsentierten und Einigkeit demonstrierten. Einig sind sich die fünf Parteien in einem gemeinsamen Vorgehen gegen den Rechtsextremismus.

SPD-Landeschef Michael Müller zeigte sich auf der Pressekonferenz dann auch erleichtert: „Ich freue mich sehr, dass wir es in der stressigen Wahlkampfzeit geschafft haben, heute hier zusammenzukommen, um diesen Konsens zu unterzeichnen. Das ist nicht so selbstverständlich, wie man denkt. Sonst versuchen wir uns im Wahlkampf voneinander abzusetzen. Aber dies ist ein Thema, bei dem wir alle zusammenstehen.“

Der „Berliner Konsens gegen Rechts“ ist in acht Punkten zusammengefasst. Unter Punkt 5 heißt es: „Im Wahlkampf werden wir gemeinsam Rassismus, Populismus und Rechtsextremismus die Rote Karte zeigen und gegen die diskriminierenden Positionen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien Stellung beziehen.“ Für Daniel Wesener von Bündnis 90/ Die Grünen bedeutet das, besonders auf rechtspopulistische Parteien zu blicken, die an Stärke gewonnen hätten. Wesener: „Der Rechtspopulismus ist die neue Herausforderung für



die Zivilgesellschaft, im bürgerlichen Mäntelchen daherkommend, versuchen sie die Mitte der Gesellschaft zu erreichen.“

Deshalb, so Wesener, dürfe es auch, wie es in Punkt 2 der Erklärung heißt, „keine Diskussion auf Augenhöhe“ mit Vertreterinnen und Vertretern dieser Parteien geben.

Der FDP-Landesvorsitzender Christoph Meyer unterstrich die Forderung, dass der NPD an Berliner Schulen und auf Berliner Schulhöfen kein Raum für die Verbreitung ihrer Propaganda gewährt werden dürfe. Thomas Heilmann, stellvertretender CDU-Chef in Berlin, rief wie es auch im Konsens festgehalten ist, die Bürgerinnen und Bürger der Hauptstadt auf, zur Wahl zu gehen, da durch eine hohe Wahlbeteiligung die Chancen der NPD und rechtspopulistischer Parteien sinken würden. Bereits zur Wahl 2006 hatten die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien schon einmal einen Konsens gegen Rechts vereinbart. Daran, dass das gut funktioniert habe, erinnerte Klaus Lederer von der Linkspartei: „Wir haben uns nicht mit den Rechtsextremen in Wahlkampfveranstaltungen gesetzt, sind gegen ihre Propaganda auf Schulhöfen vorgegangen und haben ihr Wahlkampfmaterial eingesammelt – alles ganz friedlich.“

## WENIG ERFREULICHE BILANZ

Jahresbericht 2010 der Europäischen Agentur für Grundrechte

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) veröffentlichte am 15. Juni 2011 ihren Jahresbericht für das vorangegangene Jahr 2010. Der neue Jahresbericht mit dem Titel „Fundamental rights: challenges and achievements“ unterscheidet sich im Aufbau von seinen Vorgängern. Der Bericht deckt den Zeitraum zwischen Januar und Dezember 2010 ab und zeigt wichtige Tendenzen, Entwicklungen und Veränderungen im Bereich der Menschen- und Grundrechte auf und verweist auf themenrelevante Veröffentlichungen der Grundrechtsagentur aus dem Zeitraum.

Ein Themenschwerpunkt im Jahr 2010 war die äußerst kritische Lage der Roma am Rande der Gesellschaft und die anhaltende extreme Armut dieser Minderheit. Weiterhin konstatiert der Bericht die sich ständig verschlechternde Lage von Asylbewerbern in einigen Mitgliedstaaten, die Verletzung von Kinderrechten, die fehlende Gleichbehandlung in der Praxis und der unzureichende Zugang zur Justiz für viele Opfer von Diskriminierung und ein mangelhafter Opferschutz.

Daher verwundert es auch kaum, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Studienzeitraum insgesamt 795 Urteile gegen die 27 Mitgliedstaaten und das Beitritts-

land Kroatien erlassen hat, wobei in mindestens 657 Fällen eine Verletzung der Grundrechte attestiert wurde. Spitzenreiter dieser unrühmlichen Rangfolge ist Rumänien mit 135 Fällen, gefolgt von Polen mit 87 Fällen und Bulgarien mit 69 Fällen. Frei nach dem Motto, die Letzten werden die Ersten sein, geht Dänemark als einziges Mitgliedsland leer aus, in Estland ist lediglich ein Fall aktenkundig geworden und in den Niederlanden und Irland zwei. Deutschland rangiert mit 29 verzeichneten Grundrechtsverletzungen im oberen Drittel. Das fehlende Unrechtsbewusstsein oder Unwissenheit bei Opfern, Tätern und der Justiz, sorgt für eine Verzerrung dieser Statistik. Am problematischsten ist hierbei laut FRA, dass ein Großteil dieser Verletzungen nicht von geltendem EU-Recht abgedeckt wird. Die FRA weist ebenfalls darauf hin, dass diese Fälle lediglich einen kleinen Ausschnitt darstellen und nur „die Spitze des Eisbergs sind: schließlich wird eine Unzahl an Grundrechtsverletzungen nie aktenkundig“.

Weitere Informationen, den Jahresbericht und die Zusammenfassung findet man im Netz unter:

[www.fra.europa.eu/fraWebsite/research/publications/publications\\_per\\_year/pub-annual-report-2011\\_en.htm](http://www.fra.europa.eu/fraWebsite/research/publications/publications_per_year/pub-annual-report-2011_en.htm)

So sehr wie noch vor wenigen Monaten, rauscht der frühere Berliner Finanzsenator und Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin nicht mehr durch die Medien. Die Diskussionen sind abgeflaut. Ist das Thema damit erledigt? Man könnte auch die Gegenfrage stellen: Welches Thema? Sarrazin hat mit seinem Buch (und Interviews) rassistischen Vorurteilen auf zumindest zweierlei Weise Vorschub geleistet. Er hat mit Zahlen hantiert, die äußerst fragwürdig sind. Und er hat die politische Kultur insofern verändert, als er einen biologistischen Rassismus wieder hoffähig gemacht hat. Mit diesen beiden Komplexen setzen sich die Veröffentlichungen auseinander, die wir kurz vorstellen wollen.

## SARRAZINS ZAHLEN

### Studie der Berliner Humboldt-Universität rückt Einiges gerade

Vor einiger Zeit erklärte Thilo Sarrazin einem Reporter der Süddeutschen Zeitung: Wenn man keine Zahl habe, müsse „man eine schöpfen, die in die richtige Richtung weist, und wenn sie keiner widerlegen kann, dann setze ich mich mit meiner Schätzung durch.“

Genau an dieser Vorgehensweise setzen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der Berliner Humboldt-Universität an, um Sarrazins Zahlen zu überprüfen. Ergebnis ist ein Dossier, in dem Daten präsentiert und belegt werden, die ganz anders aussehen als jene, die Sarrazin präsentiert hat. Quellen sind unter anderem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Statistische Bundesamt, das Bundesinnenministerium, der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration,

die Bertelsmann Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Titel des Dossiers: „Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland“. Die Arbeit entstand im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle (HEYMAT)“.

Einige Beispiele aus dem Dossier: Sarrazin vertritt durchgängig die These, dass bei der Gruppe der Muslime in Deutschland keine positive Entwicklung der Bildungssituation zu beobachten sei. Dies führt er auf kulturelle Grundmuster in der Sozialisation zurück, wobei immer biologistische Argumentationsstränge mitschwingen.

Statistisch richtig ist: Zuwanderer mit muslimischem Hintergrund der zweiten Generation verlassen die Schule deutlich häufiger mit einem Abschluss als ihre Eltern. Dies widerspricht Sarrazins These, wonach es über die Generationenfolge hinweg keine positive Entwicklung gebe. Laut Mikrozensus 2008 haben in der Gruppe der Personen mit türkischem Migrationshintergrund 22,4 Prozent der Bildungsinländer – also Menschen, die das deutsche Schulsystem durchlaufen haben – einen höheren Bildungsabschluss (Abitur oder Fachabitur). Die erste Generation der Arbeitsmigranten hatte zu drei Prozent einen höheren Bildungsabschluss. Diese Gruppe wird von Sarrazin aber als besonders bildungsresistent dargestellt.



Die PISA-Studie 2009 zeigt einen stetigen Bildungsanstieg bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dadurch verringert sich der Abstand zu den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, da bei ihnen kaum Kompetenzsteigerungen zu verzeichnen sind.

Im Dossier wird auch auf die Begrifflichkeiten aufmerksam gemacht, die bei Sarrazin munter durcheinandergehen: „Ein Beispiel für die verwirrende Begriffspraxis ist das Hin- und Herspringen zwischen ‚muslimischen Migranten‘, ‚Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund‘, ‚Türken‘, ‚türkischen Migranten‘, ‚Menschen mit türkischem Migrationshintergrund‘. Das führt dann zum Beispiel dazu, dass Sarrazin die Frage aufwirft, warum Bildungsfortschritte „bei muslimischen Migranten deutlich geringer sind als bei anderen Gruppen mit Migrationshintergrund“.

Im Dossier wird darauf verwiesen, dass laut Mikrozensus Zuwanderer aus Iran, Irak, Afghanistan – also Menschen aus muslimisch geprägten Ländern – mit 33,3 Prozent eine höhere Abiturquote aufweisen als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (21,5%). Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Das Dossier kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.heyamat.hu-berlin.de](http://www.heyamat.hu-berlin.de)

## DIE POLITISCHE KULTUR UNSERES LANDES SCHWER BESCHÄDIGT

### Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge zu den Thesen Sarrazins

Wie sind die von Thilo Sarrazin vertretenen Thesen zu bewerten und in gesellschaftliche Debatten einzuordnen? Dies war eine Frage, der auf der Tagung „Migrationspolitik ist Sozialpolitik“ am 18. März 2011 in Düsseldorf nachgegangen wurde. Veranstaltet wurde die Tagung vom DGB Bildungswerk anlässlich des UN-Tags gegen Rassismus.

Der Kölner Professor für Politikwissenschaft Christoph Butterwegge benannte in seinem Referat vier länger vorhandene Diskurse, die Sarrazin miteinander verwoben und auf seine Weise interpretiert hat. Da ist zunächst einmal der Globalisierungsdiskurs, demzufolge alles unternommen werden müsse, um den „Standort D“ konkurrenzfähig zu halten. Zweitens folgt der Sozialstaatsdiskurs. Der Sozialstaat – heißt es – sei zu teuer und müsse deshalb um- und abgebaut werden. Sarrazin – so Butterwegge – hetze „nicht bloß gegen Migrantinnen und Migranten muslimischen Glaubens, sondern auch gegen Arme und gegen den Sozialstaat allgemein“. Drittens: der Migrations- und Integrationsdiskurs. Dadurch – so Sarrazins Argumentation – dass der Sozialstaat

zu großzügig sei, würden im Rahmen der Globalisierung massenhaft Migrantinnen und Migranten angelockt. Die nutzen den Sozialstaat aus und schaden so dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Der vierte ist der Demografiediskurs. Kernthese dessen: Weil die Deutschen zu wenige Kinder bekommen und der Staat dies zulasse, sterben die Deutschen aus oder werden von Zuwanderern verdrängt. Dies sei, so Butterwegge, seit jeher eine Grundüberzeugung von Rechtsextremisten und Neonazis, die jetzt aber in die Mitte der Gesellschaft hinein wandere. Sarrazin fordert nicht nur eine quantitative Bevölkerungspolitik, sondern eine qualitative und schlägt eine Prämie von 50.000 Euro für ein Kind vor, das von einer deutschen Akademikerin zur Welt gebracht wird. Das erinnere ihn, so Butterwegge, dann doch sehr stark an die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik.

Das wird von Sarrazin zusammengefügt und gipfelt dann in Aussagen, wonach Europa keine muslimischen Migranten brauche, weil sie durch Inanspruchnahme von Sozialleistungen dem Staat mehr kosten als sie an Mehrwert einbringen. In solchen

Aussagen zeigt sich aus Sicht Butterwegges die „rassistische Grundorientierung“ Sarrazins sehr deutlich. Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe etc. in „Rassen“ eingeteilt, denen dann bestimmte Fähigkeiten oder fehlende Fähigkeiten zugeschrieben werden. Muslimen türkischer und arabischer Herkunft wird zugeschrieben, dass sie integrationsunwillig oder integrationsunfähig seien. Butterwegge weiter: „Ebenso typisch für einen Rassisten ist, dass er Menschen im Allgemeinen und ‚Fremde‘ im Besonderen nach ihrem ökonomischen Nutzen beurteilt.“ Das Aufgreifen aktueller Diskurse und deren rassistische Zuspitzung findet statt vor dem Hintergrund einer – wie Butterwegge es nennt – „Biologisierung des Sozialen“. Menschen werden auf ihre biologischen Eigenschaften reduziert und nicht mehr als Individuen wahrgenommen. Daraus entspringt dann ein biologistischer Rassismus wie er von den Nazis mit dem Begriff „Untermenschen“ propagiert wurde. Die extreme Rechte hatte nach 1945 eher kulturalistisch argumentiert. Der frühere Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber habe zum Beispiel erklärt, Türken

seien im Vergleich zu Deutschen nicht schlechter, sondern kulturell so verschieden, dass sie nicht nach Deutschland passen. Die Schlussfolgerung Christoph Butterwegges: „Dadurch, dass Sarrazin den biologistischen Rassismus wieder ein Stück weit hoffähig gemacht hat, ist die politische Kultur unseres Landes schwer beschädigt worden.“

Als ein wichtiges Gegenmittel gegen das Platzgreifen der Thesen Sarrazins in den Köpfen sieht Butterwegge eine stärkere Akzentuierung von Arm und Reich und von Oben und Unten. Butterwegge: „Nur so kann man verhindern, dass der Innen-außen-Gegensatz greift: Da kommen Migranten in unser Land und gefährden unseren Reichtum oder Wohlstand. Dieser Innen-außen-Gegensatz kann in der Politik nicht von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden, wenn klar ist, dass die Frontlinie nicht kulturalistisch zwischen Muslimen und Christen verläuft, sondern entlang sozialer Trennlinien.“ Die Dokumentation der Tagung „Migrationspolitik ist Sozialpolitik“ kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.migration-onlinde.de](http://www.migration-onlinde.de)

Eine ausführliche Auseinandersetzung zum Thema: Christoph Butterwegge: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Campus Verlag 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2011, 400 Seiten, 24,90 EUR

## „IN MEINEM UMFELD IST NICHTS GESCHEITERT“

Das Regionalforum der IG BCE Gladbeck organisiert in Gladbeck die Integration

Am 2. Juli 2011 fand in der Ruhrgebietsstadt Gladbeck das 2. Multikulturelle Kinder- und Jugendfest statt. Organisiert wurde die Feier vom Regionalforum der IG BCE Gladbeck und der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Stadt. Das Fest stand unter dem Motto „gemeinsam leben“. Die Schirmherrschaft hatten übernommen die Staatssekretärin für Migration/Integration im Ministerium Arbeit und Soziales in NRW, Zülfiye Kaykin, der Gladbecker Bürgermeister Ulrich Roland und Giovanni Pollice von der IG BCE Hauptverwaltung.

Das Fest reiht sich ein in die Aktivitäten des Regionalforums, die die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zum Ziel haben. Auf das Thema Integration angesprochen sagt Walter Hüßhoff, Vorsitzender des Regionalforums, knapp: „Es geht. Wir beweisen es.“

Es war viel los auf dem Fest: Die Kunstschule stellte sich ebenso vor wie die Jugendfeuerwehr oder ein Taek-Wan-Do-Verein. Jugendgruppen boten türkische und kosovarische Folklore, die

Kirchengemeinde führte ein Musical auf. Flüchtlinge aus vielen Ländern bereiteten internationale Spezialitäten zu und sorgten für Kaffee und Kuchen sowie für andere Köstlichkeiten.

Ein erfolgreiches Fest, bei dem gemeinsam gefeiert wurde. Aber nicht nur das. Giovanni Pollice: „Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Ganz egal, wo er geboren ist, welche Hautfarbe er hat oder welche religiöse Orientierung er verfolgt. Wir wollen ein friedliches Miteinander, statt dummen braunen Parolen, die keinem nutzen, sondern unserem Land nur schaden.“

In Vorbereitung des Festes fand ein Malwettbewerb zum Thema „gemeinsam leben“ statt, an dem sich zehn Schulen beteiligten. Auf dem Fest erhielten alle teilnehmenden Schulen einen Preis. Für das Regionalforum geht nun die tägliche Arbeit weiter: Ein Schwerpunkt ist der Übergang von der Schulen in den Beruf. Die Mitglieder des Regionalforums gehen in die Schulen, unterstützen Kinder mit Migrationshintergrund unter anderem beim Deutschlernen. Es wird gesungen und musiziert. Und dabei ent-



steht dann auch schon einmal ein Musical. Die Kinder und Jugendlichen lernen spielend das Erfolgserlebnis kennen, etwas Eigenes zu schaffen – gemeinsam mit anderen, unabhängig davon, welche Herkunft sie haben.

Diese Erfahrung ist für ein anderes Anliegen des Regionalforums wichtig, nämlich die Jugendlichen für die Arbeitswelt zu sensibilisieren, ihnen deutlich zu machen, wie wichtig es ist, eigenständig zu arbeiten und sein Leben bestreiten zu können. Zugang zur Arbeitswelt finden, ist für Walter Hüßhoff ganz zentral: Teilhaben können, Anerkennung finden. Damit das klappt, müssen nicht nur die Jugendlichen motiviert werden, auch die Strukturen müssen passen. Deshalb hat das Regionalforum Verbindungen zu Kirchen, Vereinen, Verbänden und zu Unternehmen geknüpft. Sie alle sind dafür sensibilisiert, den Weg von der Schule in die Ausbildung und den Beruf zu ebnet. Der Erfolg lässt sich sehen. Von den letzten Schulabgängern, die vom Regionalforum begleitet wurden, haben drei Abitur gemacht, 16 haben eine Ausbildung im gewerblichen Bereich begonnen.

Wenn davon die Rede sei, dass die Integration gescheitert ist, belegt das das Gegenteil. Walter Hüßhoff: „In meinem Umfeld ist nichts gescheitert.“

### IMPRESSUM:

#### HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

#### VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE  
Leo Monz, DGB Bildungswerk  
Volker RoBocha, DGB  
Bernd Vallentin, ver.di  
Holger Vermeer, IG BAU

#### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

#### KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

#### REDAKTION

Bernd Mansel  
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

#### FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

#### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211-4301 193  
E-Mail: info@gelbehand.de

#### PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf  
Internet: www.setzkasten.de  
Tel.: 0211/40800 900

### Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch der Kollege Reiner Bieck, der Mitglied des EVG Vorstandes ist. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- |  |   |
|--|---|
| 1. Reiner Bieck, EVG Vorstandsmitglied, Panketal | 4. Dieter Schormann, NGG Geschäftsführer der Region Düsseldorf-Wuppertal, Troisdorf |
| 2. Andreas Lung, EVG, Kruft                      | 5. Bernd Stahl, IG BCE Gewerkschaftssekretär, Bezirk Kassel                         |
| 3. Bruno Neurath-Wilson, Ver.di, Düsseldorf      | 6. Margarete Zavoral, EVG Bereichsleiterin, Frankfurt/Main                          |

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch einer Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank, Giovanni Pollice, Vorstandsvorsitzender